Amtsgericht Baden-Baden

FAMILIENGERICHT

Amtsgericht Baden-Baden, PF 21 40, 76491 Baden-Baden

Datum: 24.11.2015
Durchwahl: 07221 685-129
Aktenzeichen: 0F [redacted]
(Bitte bei Antwort angeben)

Frau
Valérie [redacted]
[redacted] (BAS-RHIN)
FRANKREICH

pour les 2 jugements, les dates de commission sont identiques

In Sachen
[redacted] u.a. ./. [redacted] Valérie
wg. Unterhalt Kind

Ihr Zeichen:

Sehr geehrte Frau [redacted],

die beigefügten Unterlagen erhalten Sie mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]
Justizfachangestellte
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Gutenbergstraße 17, 76532 Baden-Baden · Bushaltestelle: Dreieichenkapelle
Telefon 07221 685-0 · Telefax 07221 685-295 · E-Mail poststelle@agbaden-baden.justiz.bwl.de ·
Sprechzeiten Montag - Donnerstag 09:00 Uhr bis 11:30 Uhr, 13:00 Uhr bis 15:30 Uhr, Freitag 09:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Die E-Mail-Adresse eröffnet keinen Zugang für formbedürftige Erklärungen in Rechtssachen

Ausfertigung

Aktenzeichen:
[redacted]

Amtsgericht Baden-Baden

FAMILIENGERICHT

Teil-Versäumnisbeschluss

In der Familiensache

1) [redacted] geboren am [redacted] vertreten durch den gesetzlichen Vertreter [redacted]
- Antragstellerin zu 1 -

2) [redacted], geboren am [redacted], vertreten durch den gesetzlichen Vertreter [redacted]
- Antragsteller zu 2 -

Verfahrensbevollmächtigte zu 1 und 2:
Rechtsanwälte [redacted]

gegen

Valérie [redacted] (BAS-RHIN), Frankreich
- Antragsgegnerin -

wegen Auskunft und Unterhalt

hat das Amtsgericht Baden-Baden durch die Richterin am Amtsgericht [redacted] am 28.09.2015 ohne mündliche Verhandlung gemäß §§ 113 FamFG, 331 Abs. 3 ZPO beschlossen:

1. Die Antragsgegnerin wird verpflichtet den Antragstellern Auskunft zu erteilen über

   1.1 ihr Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit für die Zeit vom 01.06.2015 bis 31.05.2015 einschließlich in dieser Zeit erhaltener Steuerrückzahlungen durch Vorlage eines spezifizierten und nach Monaten systematisch geordneten Verzeichnisses in dem das gesamte lohnsteuerpflichtige und nicht lohnsteuerpflichtige, laufende oder einmaliges Arbeitsentgelt einschließlich aller Zulagen, Zuschläge, Sonderleistungen, geldwerter Vorteile sowie Auslösen und Spesen und auf der Ausgabenseite je als gesonderte Posten sowie die einzelnen Abzugsbeträge unter Angabe der verwendeten Steuerklasse und steuerlichen Freibeträge sowie die einzelnen Abzugsbeträge für die gesetzlichen Sozialversicherung einschließlich selbst getragener Aufwendungen für die soziale Sicherung und etwaiger Zuschüsse.

   1.2 Leistungen, die keine einkommenssteuerlichen Einkunftsart unterfallen,

   1.3 aus anderen Einkunftsarten für die drei Kalenderjahre vom 01.06.2012 bis 31.05.2015 durch Vorlage eines spezifizierten und nach Jahren und Einkommensquellen systematisch geordneten Verzeichnisses, in dem alle Einnahmen und Ausgaben enthalten sind; bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung ist die steuerliche Gebäudeabschreibung gesondert auszuweisen; bei Einkünften aus selbständiger Arbeit, Gewerbe oder Landwirtschaft ist Auskunft über den ermittelten Gewinn sowie die Privateinlagen und Privatentnahmen zu erteilen.

   1.4 ihr Vermögen am 31.05.2015

2. Die Antragsgegnerin wird verpflichtet, ihre in Ziffer 1 getätigte Auskunft zu belegen durch Vorlage

   2.1 der zwischen dem 01.06.2014 und 31.05.2015 ergangenen Steuerbescheide

   2.2 der zwischen dem 01.06.2014 und 31.05.2015 abgegebenen Einkommensteuererklärungen mit allen Anlagen, Übersichten und Erläuterungen

   2.3 Lohn-, Gehalts- oder Bezügsabrechnungen, Abrechnungen über etwaige Spesen, andere Nebenleistungen oder Provisionen aus nicht selbstständiger Tätigkeit für den Zeitraum vom 01.06.2014 bis 31.05.2015

   2.4 sämtliche zwischen dem 01.06.2014 und 31.05.2015 ergangenen Bescheide (Rentenbescheide, Arbeitslosengeldbescheide)

2.5 Abrechnungen, Gutschriften und Ausschüttungsbescheinigungen über den Kapitalertrag (Zinsen, Dividenden und Ausschüttungen) sowie Abrechnungen über insoweit einbehaltenen Steuern für den Zeitraum vom 01.06.2012 bis 31.05.2015

2.6 vollständige Gewinnermittlungen einschließlich detaillierter Verzeichnisse über das betriebliche Anlagevermögen und dessen steuerliche Abschreibungen, etwaiger steuerliche Gewinnerklärungen nebst allen Anlagen, etwaiger Berichte über steuerliche Außenprüfungen sowie etwaige Umstatzsteuervoranmeldungen und Umsatzsteuererklärungen nebst Bescheide für den Zeitraum 01.06.2012 bis 31.05.2015 bei Einkünften aus selbstständiger Arbeit, Gewerbe oder Land- und Forstwirtschaft

3. Die Kostenentscheidung bleibt der Endentscheidung vorbehalten.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Versäumnisbeschluss steht der Antragsgegnerseite der Einspruch zu.

Die Einspruchsfrist wurde auf 3 Wochen festgesetzt.

Die Einspruchsfrist ist eine Notfrist und beginnt mit der Zustellung des Beschlusses. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages.

Der Einspruch wird durch Einreichung der Einspruchsschrift bei dem

Amtsgericht Baden-Baden
Gutenbergstraße 17
76532 Baden-Baden

eingelegt.

Der Einspruchsführer muss sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, der die Einspruchsschrift zu unterzeichnen hat.

Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte oder Beschäftigte anderer Behörden oder juristischen Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen.

Der Vertretung durch einen Rechtsanwalt bedarf es nicht in Unterhaltssachen für Beteiligte, die durch das Jugendamt als Beistand, Vormund oder Ergänzungspfleger vertreten sind.

Soweit sich der Einspruchsführer nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen muss, ist die Einspruchsschrift von ihm oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen.

Die Einspruchsschrift muss die Bezeichnung des Beschlusses, gegen den der Einspruch gerichtet wird, und die Erklärung enthalten, dass gegen diesen Beschluss Einspruch eingelegt werde. Soll der Beschluss nur zum Teil angefochten werden, so ist der Umfang der Anfechtung zu bezeichnen.

In der Einspruchsschrift, jedenfalls aber innerhalb der Einspruchsfrist, hat der Beteiligte seine Angriffs- und Verteidigungsmittel, soweit es nach der Verfahrenslage einer sorgfältigen und auf Förderung des Verfahrens bedachten Verfahrensführung entspricht, sowie Rügen, die die Zulässigkeit des Antrags betreffen, vorzubringen. Angriffs- und Verteidigungsmittel, die nicht rechtzeitig vorgebracht werden, können zurückgewiesen werden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Verfahrens verzögern würde und die Verspätung auf grober Nachlässigkeit beruht.

[redacted]
Richterin am Amtsgericht

Erlass des Beschlusses (§ 38 Abs. 3 Satz 3 FamFG):
Übergabe an die Geschäftsstelle
am 28.09.2015.

[redacted]
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Ausgefertigt
Baden-Baden, 23.10.2015

AMTSGERICHT BADEN-BADEN

[redacted]
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beglaubigte Abschrift

Aktenzeichen:
[redacted]

Amtsgericht Baden-Baden

FAMILIENGERICHT

Beschluss

In der Familiensache

1) [redacted], geboren am [redacted], vertreten durch den gesetzlichen Vertreter [redacted]
- Antragstellerin zu 1 -

2) [redacted], geboren am [redacted], vertreten durch den gesetzlichen Vertreter [redacted]
- Antragsteller zu 2 -

Verfahrensbevollmächtigte zu 1 und 2:
Rechtsanwälte [redacted]

gegen

Valérie [redacted] (BAS-RHIN), Frankreich
- Antragsgegnerin -

wegen Auskunft und Unterhalt

hat das Amtsgericht Baden-Baden durch die Richterin am Amtsgericht [redacted] am 12.11.2015 beschlossen:

Der Beschluss des Amtsgerichts Baden-Baden vom 28.09.2015 wird

im Tenor Ziffer 1. ,1.1 wie folgt berichtigt:

ihr Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit für die Zeit vom **01.06.2014** bis 31.05.2015....

Gründe:

Die Entscheidung beruht auf §§ 113 FamFG, 319 ZPO. Es liegt ein offensichtliches Diktat- oder Schreibversehen vor.

[redacted]
Richterin am Amtsgericht

Erlass des Beschlusses (§ 38 Abs. 3 Satz 3 FamFG):
Übergabe an die Geschäftsstelle
am 23.11.2015.

[redacted]
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beglaubigt
Baden-Baden, 24.11.2015

[redacted]
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

n° de page

TRADUCTION CERTIFIEE CONFORME DE LA LANGUE ALLEMANDE

Expédition

Rôle :
[redacted]

Amtsgericht (Tribunal d'instance) Baden-Baden
Tribunal aux affaires familiales

JUGEMENT PARTIEL PAR DEFAUT

Dans l'affaire familiale

1) [redacted], née le [redacted] représentée par son représentant légal [redacted],
- Demanderesse pour 1 -

2) [redacted], né le [redacted] représenté par son représentant légal [redacted]
- Demandeur pour 1 -

Mandataires pour 1 et 2 :
Maîtres [redacted], Avocats, [redacted], dossier : [redacted]

contre

Valérie [redacted] (Bas-Rhin), France
- Défenderesse -

du chef de renseignements et de pension alimentaire,

le tribunal d'instance de Baden-Baden, en la personne de Madame [redacted], juge près le tribunal d'instance, a statué en date du 28.09.2015, sans débats oraux et conformément aux §§ 113 FamFG (code de procédure en matière familiale) et 331 alinéa 3 ZPO (code de procédure civile) :

1. La Défenderesse est tenue de donner au Demandeur des renseignements sur

1.1 les revenus résultant de son activité salariée entre le 01.06.2015 et le 31.05.2015, y compris les remboursements d'impôts obtenus au cours de cette période, en présentant une liste spécifiée et dûment ventilée par mois, contenant l'ensemble des revenus résultant d'une activité soumise à impôts sur le revenu et non soumise à ces impôts, courants ou non périodiques, incluant la totalité des suppléments, majorations, primes, avantages en nature ainsi que les allocations et primes, chaque poste figurant individuellement sous la rubrique dépenses, ainsi que les différentes déductions en précisant le barème fiscal s'appliquant et les franchises fiscales, ainsi que les différentes déductions pour l'assurance sociale légale y compris ses propres cotisations pour l'assurance sociale et d'éventuelles allocations,

quelles dépenses la liste ne parle que d'entrées

1.2 les prestations non soumises à une forme d'impôts sur le revenu,

1.3 les autres revenus pour les 3 années calendaires entre le 01.06.2012 et le 31.05.2015, par présentation d'une liste spécifiée et soigneusement ventilée par an et source de revenus, contenant toutes les recettes et toutes les dépenses ; pour les revenus issus de locations et de mises en gérance, l'amortissement fiscal des biens devra être listé à part ;

pourquoi 1.1 demande uniquement les recettes alors que 1.3 demande recettes et dépenses ?

pour les revenus issus d'une activité indépendante, d'un commerce ou d'une exploitation agricole, il faudra indiquer les bénéfices dégagés ainsi que les apports et retraits privés ;

1.4 sa fortune à la date du 31.05.2015. c'est à dire ? détails explications ?

2. La Défenderesse est tenue de faire la preuve des renseignements fournis sous le chiffre 1 par présentation

2.1 des feuilles d'imposition entre le 01.06.2014 et le 31.05.2015

2.2 des déclarations d'impôts remises entre le 01.06.2014 et le 31.05.2015, avec toutes les annexes, listes et explications

2.3 des fiches de rémunérations, salaires et émoluments, du décompte d'éventuels frais, d'autres prestations accessoires ou provisions résultant d'une activité salariée pour la période du 01.06.2014 au 31.05.2015 qui veut dire ce "provisions"

2.4 de tous les avis reçus entre le 01.06.2014 et le 31.05.2015 (attestations de pensions de vieillesse, attestations d'indemnités de chômage)

2.5 des décomptes, avoirs et attestations de distribution se rapportant aux revenus du capital (intérêts, dividendes et distributions) ainsi que des décomptes des intérêts retenus à la source pour ces revenus pour la période du 01.06.2012 au 31.05.2015 qui veut dire "distributions"

2.6 des relevés détaillés des bénéfices, y compris des états détaillés des immobilisations d'entreprise et de leur amortissement fiscal, d'éventuelles déclarations fiscales de revenus avec toutes leurs annexes, d'éventuels rapports sur des contrôles fiscaux, ainsi que d'éventuelles déclarations préalables de TVA et déclarations de TVA avec les avis d'imposition pour la période du 01.06.2012 au 31.05.2015 pour tous les revenus issus d'une activité indépendante, d'un commerce ou d'une exploitation agricole et forestière.

3. La décision sur les frais est réservée jusqu'à la décision finale.

Information sur les vois de recours

La partie défenderesse est en droit d'intenter un recours contre ce jugement par défaut.

Le délai de recours est fixé à 3 semaines.

Ce délai est un délai impératif et court à partir de la notification de la décision. Si le dernier jour du délai est un dimanche, un jour férié légal ou un samedi, le délai prend fin au soir du jour ouvré suivant.

Le recours est à présenter par dépôt de l'acte d'opposition :
au Tribunal d'instance de Baden-Baden
Gutenbergstrasse 17
76532 Baden-Baden.

par de recours sans avocat ?

L'auteur du recours doit se faire représenter par un avocat, qui devra signer l'acte d'opposition.

Des autorités et des organismes de droit public ainsi que les groupements qu'ils ont créés pour remplir leur mission publique peuvent se faire représenter par leurs propres salariés ou des salariés d'autres autorités ou organismes de droit public ainsi que des groupements qu'ils ont créés pour remplir leur mission.

Il n'est pas nécessaire de se faire représenter par un avocat lorsqu'il s'agit de personnes représentées par le service d'aide à la jeunesse en tant qu'assistant, par un tuteur ou par un administrateur ad hoc.

n° de page

Dans la mesure où l'auteur du recours n'est pas tenu de se faire représenter par un avocat, l'acte d'opposition devra être signé par lui-même ou son fondé de pouvoir. Contradiction = recours sans avocat.

L'acte d'opposition devra mentionner la référence du jugement contre lequel le recours est intenté et déclarer qu'il est fait opposition à ce jugement. Si l'opposition ne concerne qu'une partie du jugement, il faudra préciser l'étendue de la contestation.

Dans l'acte d'opposition et en tous les cas avant l'échéance du délai de recours, l'auteur devra exposer ses moyens d'opposition et de défense, dans la mesure où cela est conforme à une démarche procédurale judicieuse et tendant à accélérer la procédure, et exposer des griefs concernant la recevabilité de la requête. Des moyens d'opposition et de défense qui ne sont pas produits dans les délais impartis pourront être rejetés si leur admission pouvait, selon la libre conviction de la cour, retarder le règlement de la procédure et si le retard était dû à une négligence grave.

[redacted]
Juge près le tribunal d'instance

Prononcé du jugement (§ 38 alinéa 3 énoncé 3 FamFG)
Remis au Greffe
le 28.09.2015

[redacted], employée de justice
Officier ministériel du greffe

Etabli
Baden-Baden, le 23.10.2015
(signature)
[redacted]
Officier ministériel du greffe

Cachet :
Tribunal d'instance de Baden-Baden

Ludwigshafen, le 30 octobre 2015

Je certifie l'exactitude et l'intégralité de la traduction.

[redacted]

ÜBERSETZUNGSBÜRO E...IN GmbH
Alle Sprachen & Dialekte
L 14, 16-17
68161 Mannheim
0621-129490
mannheim@engin.de

Aktenzeichen:
[redacted]

Traduction juré certifié de ce document demandé en français avec papier à en-tête du Amtsgericht.

Amtsgericht Baden-Baden

FAMILIENGERICHT

les mots surlignés pour en Allemand !!

Beschluss

Dans làffaire familiale

1) [redacted], geboren am [redacted] vertreten durch den gesetzlichen Vertreter [redacted]

- Demanderesse pour 1 -

2) [redacted], geboren am [redacted] vertreten durch den gesetzlichen Vertreter [redacted]

- Demandeur pour 2 -

Verfahrensbevollmächtigte zu 1 und 2:
Rechtsanwälte [redacted]

contre

Valérie [redacted] (BAS-RHIN), Frankreich

- Défenderesse -

Du chef de renseignements et de pension alimentaire,

Le tribunale d´instance de Baden-Baden (Amtsgericht Baden-Baden) en la personne de Madame Richterin am Amtsgericht [redacted] juge p`res le tribunal dínstance, a statué en date du 12.11.2015:

Le jugement partiel par defaut du 28.09.2015 est corrigè en fond Nr. 1., 1.1:

...les revenus résultant de son activité salariée entre le **01.06.2014** et le 31.05.2015....

Raisons:

Le jugement reponse sue §§ 113 FamFG, 319 ZPO. Il y a méprise evidénte.

[redacted]
Richterin am Amtsgericht

Juge près le tribunal dinstance

Prononcè du jugement (§38 alinéa 3 énoncé 3 FamFG)
Remis au Greffe
Le 23.11.2015

[redacted] employée de justice
Officer ministériel du greffe

pas de signature ni
tampon du traducteur
assermenté !